



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM	GAS	ZAHL DES TAGES
 <h1 style="margin: 0;">61,37 €/MWh</h1> <p style="margin: 0;">Epex Spot DE-LU Day Base</p>	 <h1 style="margin: 0;">20,12 €/MWh</h1> <p style="margin: 0;">EEX Spot THE (End of Day)</p>	<h1 style="margin: 0;">100</h1> <p style="margin: 0;">Milliarden kWh industrieller Endenergie werden laut Deneff durch die geplante Anhebung der Schwellenwerte für verpflichtende Energiemanagementsysteme nicht mehr berücksichtigt</p>
<p>WÄRME</p> <p>Branchenallianz kritisiert Gebäudemodernisierung</p>	<p>GAS</p> <p>Europa importierte so viel russisches LNG wie noch nie</p>	<p>REGENERATIVE</p> <p>Enertrag mit deutlichem Ergebnisplus</p>

Inhalt

TOP-THEMA

→ **KRITISCHE INFRASTRUKTUR:** BDEW fordert Neubewertung von Transparenzpflichten bei Kritis

POLITIK & RECHT

- **WÄRME:** Branchenallianz kritisiert Gebäudemodernisierungsgesetz
- **EFFIZIENZ:** Deneff kritisiert Energieeffizienzgesetz-Entwurf scharf
- **STROM:** Verbraucherschützer sehen nur begrenzte Entlastung für Haushalte
- **POLITIK:** Forderung nach Stromsteuersenkung auf breiter Front
- **STROMSPEICHER:** Bund sichert 153 Millionen Euro aus Northvolt-Insolvenz

HANDEL & MARKT

- **GAS:** Europa importierte so viel russisches LNG wie noch nie
- **WASSERSTOFF:** Abkommen für H2-Infrastruktur in der Ostsee geschlossen
- **MOBILITÄT:** E-Control: Österreichs Spritpreisbremse bewährt sich
- **STATISTIK DES TAGES :** Preis für E10 in Deutschland von 2014 bis zum 7. April 2026

TECHNIK

- **WÄRME:** Wärmepumpen zur Netzstabilisation
- **ADVERTORIAL:** Zukunft unter Hochspannung
- **ADVERTORIAL:** KI im Dokumentenmanagement: Effizienz für die Energiebranche

UNTERNEHMEN

- **REGENERATIVE:** Enertrag mit deutlichem Ergebnisplus
 - **BILANZ:** Enercity will bei Erneuerbaren Kurs halten
 - **STROMNETZ:** Erneuerbare und hohe Nachfrage sorgen bei Mitnetz für Dynamik
 - **PERSONALIE:** BP-Managerin Emma Delaney als OMV-Chefin nominiert
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Energiekomplex vor USA-Iran-Gesprächen im Minus
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

BDEW fordert Neubewertung von Transparenzpflichten bei Kritis



Quelle: Pixabay / Elchinator

KRITISCHE INFRASTRUKTUR. Nach den Angriffen auf das Berliner Stromnetz plädiert der BDEW für strengere Regeln bei der Veröffentlichung sensibler Infrastrukturdaten.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) fordert eine grundlegende Neubewertung bestehender Transparenzpflichten im Bereich kritischer Infrastrukturen. Anlass seien unter anderem die Anschläge auf das Berliner Stromnetz in den Jahren 2025 und 2026, die die Verwundbarkeit zentraler Versorgungsstrukturen deutlich gemacht hätten.

Die Verfasser des Vorschlags zur Neubewertung geben zu bedenken, hybride Bedrohungen, gezielte Angriffe und Sabotageakte auf Energie- und Wasserinfrastrukturen nähmen zu und stellten eine wachsende Herausforderung dar. Störungen könnten erhebliche Folgen für Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Stabilität und öffentliche Sicherheit haben.

Zugleich sehen die Autoren ein strukturelles Problem in der bisherigen Praxis der Informationsveröffentlichung. Viele sensible Daten über Infrastrukturstandorte oder -strukturen seien im Internet frei zugänglich und damit potenziell Missbrauch ausgesetzt. Dies sei teilweise auf bestehende Transparenzpflichten zurückzuführen. Hinzu komme, dass digitale Dienste und Anwendungen künstlicher Intelligenz die Auswertung solcher Informationen erheblich erleichterten. Dadurch steige das Risiko, dass öffentlich verfügbare Daten gezielt für Angriffe genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Verband, Transparenzanforderungen stärker an Sicherheitsinteressen auszurichten. Transparenz bleibe zwar ein zentrales Prinzip demokratischer Kontrolle, müsse jedoch nach Auffassung der Verfasser künftig stärker mit dem Schutz kritischer Infrastrukturen abgewogen werden.

Kontinuierliche Anpassung der Transparenz notwendig

Konkret identifiziert der BDEW mehrere Regelungsbereiche mit Anpassungsbedarf. So wird etwa der Infrastrukturatlas der Bundesnetzagentur als potenzielles Risiko gesehen, da dort sensible Infrastrukturdaten zentral gespeichert würden. Die Empfehlung des Verbands lautet, das System stärker am „Need-to-know“-Prinzip auszurichten und Daten nur noch gezielt sowie dezentral bereitzustellen.

Auch geplante Kapazitätskarten für Stromnetze sieht der Verband kritisch. Die vorgesehene Veröffentlichung detaillierter Informationen zu Netzanschlusskapazitäten könne nach Einschätzung der Autoren gezielte Attacken erleichtern. Stattdessen sollten Informationen nur in abstrahierter Form bereitgestellt werden.

Ähnliche Bedenken äußert der BDEW hinsichtlich der Veröffentlichung von Entwicklungsplänen für Gas- und Wasserstoffverteilnetze. Ein hoher Detailgrad könne Rückschlüsse auf kritische Standorte ermöglichen, weshalb der Zugang zu solchen Informationen auf einen begrenzten Nutzerkreis beschränkt werden sollte.

Darüber hinaus fordert der Verband Anpassungen in Genehmigungs- und Planungsverfahren. Dort würden regelmäßig detaillierte Unterlagen veröffentlicht, die sicherheitsrelevante Informationen enthalten könnten. Der Verband spricht sich dafür aus, solche Daten künftig stärker zu schützen und nur eingeschränkt zugänglich zu machen.

Auch Informationsfreiheits- und Umweltinformationsgesetze müssten aus Sicht des BDEW überarbeitet werden. Es müsse sichergestellt werden, dass sensible Kritis-Informationen nicht über Auskunftsansprüche indirekt öffentlich werden. Weitere Handlungsfelder sieht der Verband im Vergaberecht sowie bei neuen Datenplattformen wie der geplanten nationalen Transparenzplattform für Energiedaten.

Insgesamt plädiert der BDEW für eine systematische Neubewertung aller Transparenzpflichten. Neue Anforderungen sollten demnach grundsätzlich auf ihre sicherheitspolitischen Auswirkungen geprüft werden. Transparenz dürfe nicht statisch verstanden werden, sondern müsse kontinuierlich im Spannungsfeld zwischen Offenheit und Sicherheitsinteressen angepasst werden, so die zentrale Empfehlung des Verbands.

Das [Positionspapier des BDEW](#) steht zum Download zur Verfügung. // [VON FRITZ WILHELM](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



CHANCEN IM GAS
BILANZKREISMANAGEMENT,
AUSGLEICHSENERGIE
WAR GESTERN.

SOPTIM

WEITERE
INFOS 



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Pixabay / ri

Branchenallianz kritisiert Gebäudemodernisierungsgesetz

WÄRME. Ein breites Bündnis aus Branchenvertretern kritisiert das Eckpunktepapier der Bundesregierung zum Gebäudemodernisierungsgesetz und fordert Nachbesserungen.

„Die geplanten Regelungen greifen zu kurz, schaffen neue Unsicherheiten im Markt und gefährden die Resilienz des Energiesystems“, sagt Carsten Diermann, Prokurist der LBD-Beratungsgesellschaft und Autor der Analyse „Wärmewende retten. Positionierung zum Eckpunktepapier des neuen Gebäudemodernisierungsgesetzes (GMG) der Regierungsfractionen“. Eine Branchenallianz unter Initiative der LBD-Beratungsgesellschaft kritisiert darin die geplante Ausgestaltung des GMG.

Hauptkritikpunkt der Allianz ist die Abschaffung der 65-Prozent-Regel, nach der neu installierte Heizungen in Neubauten (seit 2024) und sukzessive im Bestand mit mindestens 65 Prozent erneuerbare Energien betrieben werden müssen. „Wer die 65-Prozent-Regel abschafft, ohne klare Alternativen zu definieren, öffnet die Tür für fossile Fehlentscheidungen“, lässt sich Diermann zitieren.

Die Allianz verweist darauf, dass die bestehenden Eckpunkte des GMG zentrale Steuerungsinstrumente wie Biotreppe und Grüngasquote nicht ausreichend konkretisieren. Zudem sei die Verzahnung mit dem Wärmeplanungsgesetz (WPG) und der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) zur Umsetzung der Gasbinnenmarkttrichtlinie unklar. Ohne einen konsistenten Rahmen fehle es Kommunen, Netzbetreibern und Investoren an Planungssicherheit.

Nach Analyse der Initiative könnte die im Eckpunktepapier vorgesehene Biotreppe zu spät wirksam werden. Bereits im bestehenden Rechtsrahmen sind steigende Anteile erneuerbarer Energien vorgesehen, beginnend mit 15 Prozent ab 2029 und bis zu 60 Prozent ab 2040. Die im GMG diskutierte Absenkung des Einstiegsniveaus auf 10 Prozent stellt aus Sicht der Allianz einen Rückschritt dar.

Auch die geplante Grüngasquote wird als unzureichend bewertet. Ein Einstieg mit einem Prozent ab 2028 habe laut Analyse kaum Lenkungswirkung im Wärmemarkt und binde zugleich relevante Mengen an Biomethan. Insgesamt sei unklar, wie ausreichende Mengen an grünem Gas bereitgestellt werden können.

„Level-Playing-Field“ gefordert

Die Allianz fordert stattdessen einen verbindlichen Ordnungsrahmen mit vergleichbaren Anforderungen für alle Energieträger und Infrastrukturen. Konkret schlägt sie vor, die Vorgaben des Wärmeplanungsgesetzes beizubehalten. Demnach sollen Wärmenetze ab 2030 einen Anteil von 30 Prozent erneuerbarer Energien erreichen und bis 2040 auf 80 Prozent steigen. Ergänzend schlagen die Autoren der Analyse eine frühere und ambitioniertere Ausgestaltung der Biotreppe vor, beginnend mit 15 Prozent ab 2027.

Neben klimapolitischen Zielen verweist die Allianz auf die Bedeutung der Resilienz des Energiesystems. Die fortschreitende Dekarbonisierung könne die Abhängigkeit von volatilen fossilen Brennstoffen reduzieren und die Wertschöpfung in Deutschland sowie der Europäischen Union stärken.

Aus Sicht der beteiligten Unternehmen drohen ohne klare Leitplanken Fehlentscheidungen bei Heizungsinvestitionen sowie steigender politischer Druck, Klimaziele später abzuschwächen. Dies würde sowohl die Emissionsziele im Gebäudesektor gefährden als auch zusätzliche Kosten für Staat und Verbraucher verursachen. „Wenn die Politik die falschen Signale setzt, verlieren wir Jahre – und das können wir uns nicht leisten“, sagt Diermann. „Die Wärmewende entscheidet sich jetzt.“

Beteiligt an der Allianz sind neben der LBD: AGFW (Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V.), Hamburger Energiewerke GmbH, FairEnergie GmbH, MVV Energie AG, Stadtwerke Delitzsch GmbH, Stadtwerke Duisburg AG, Stadtwerke Kiel AG, Stadtwerke Leipzig GmbH, Stadtwerke Sigmaringen GmbH und SWN Stadtwerke Neumünster GmbH.

Die **vollständige Analyse** ist auf den Internetseiten der LBD-Beratungsgesellschaft zu finden.

// VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Deneff kritisiert Energieeffizienzgesetz-Entwurf scharf



Quelle: Pixabay / Geralt

EFFIZIENZ. Der Referentenentwurf zur Novellierung des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) geht nun in die Verbände- und Länderanhörung.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat einen Referentenentwurf zur Novellierung des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) in die Verbände- und Länderanhörung gegeben. Darauf weist die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff) in einer Mitteilung vom 9. April hin. Eine erste Fassung legte das Ministerium im Dezember vor. Der Verband übt deutliche Kritik an zentralen Punkten des Entwurfs.

„Ausgerechnet in einer Phase anhaltender geopolitischer Unsicherheit, explodierender Energiekosten für Industrie und Haushalte wird das Energieeffizienzgesetz als zentrales Instrument für die Energieunabhängigkeit Deutschlands erheblich geschwächt“, heißt es in einer Stellungnahme des Verbandes.

Im Zentrum der Kritik steht die geplante Anhebung der Schwellenwerte für verpflichtende Energiemanagementsysteme. Künftig soll die Pflicht erst ab einem jährlichen Energieverbrauch von 23,6 Milliarden kWh greifen. Bislang lag die Grenze bei 7,5 Milliarden kWh. Nach Einschätzung der Deneff würde sich damit der Kreis der betroffenen Unternehmen deutlich verkleinern.

Der Verband geht davon aus, dass statt bisher rund 12.000 Unternehmen nur noch etwa 4.500 besonders energieintensive Betriebe erfasst würden. „Rund 100 Milliarden kWh industrieller Endenergie würden

künftig nicht mehr adressiert werden“, so die Deneff.

Auch bei der Nutzung industrieller Abwärme sieht der Verband Rückschritte. Demnach soll die Pflicht zur Abwärmevermeidung entfallen. Zudem ist vorgesehen, die bislang verpflichtende Meldung von Abwärmepotenzialen in der Plattform für Abwärme künftig freiwillig auszugestalten.

Die Deneff bewertet die Plattform als zentrales Instrument für die Wärmewende. Die dort bislang erfassten Abwärmemengen summieren sich nach Verbandsangaben auf 385 Milliarden kWh. Dieses Potenzial entspreche in etwa der Hälfte des Endenergiebedarfs des Gebäudebestands in Deutschland.

Neben den inhaltlichen Defiziten sieht der Verband auch rechtliche Risiken. Nach seiner Einschätzung stehen Teile des Entwurfs nicht im Einklang mit europäischen Vorgaben. Konkret geht es um die vorgesehenen Streichungen von Einsparverpflichtungen für Bund und Länder.

Diese Verpflichtungen seien notwendig, um die Anforderungen der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) umzusetzen, insbesondere die Vorgaben aus Artikel 8. Die Mitgliedstaaten sind demnach verpflichtet, geeignete Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zu ergreifen, die über die Mindestanforderungen hinausgehen.

Nach Angaben der Deneff befindet sich der Entwurf derzeit noch in der Abstimmung innerhalb der Bundesregierung. Der Verband fordert weitere Anpassungen: „Der Entwurf sollte im weiteren Verfahren dringend nachgeschärft werden.“ // VON STEFAN SAGMEISTER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Verbraucherschützer sehen nur begrenzte Entlastung für Haushalte



Quelle: Fotolia / galaxy67

STROM. Ein Marktcheck der Verbraucherzentralen zeigt, dass staatliche Entlastungen bei Stromkosten für Haushalte nur eingeschränkt wirken und regional unterschiedlich ausfallen.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV) hat mit einem sogenannten Marktcheck untersucht, wie stark staatliche Maßnahmen zur Senkung der Stromkosten tatsächlich bei privaten Haushalten ankommen. Ziel sei es, politische Maßnahmen anhand konkreter Zahlen zu überprüfen und deren Wirkung für Verbraucherinnen und Verbraucher transparent zu machen.

Den Verfassern zufolge steht die Analyse vor dem Hintergrund politischer Zusagen, die Energiekosten für Haushalte und Unternehmen deutlich zu senken. Im Koalitionsvertrag hatten CDU und SPD angekündigt, eine dauerhafte Entlastung von mindestens fünf Cent pro Kilowattstunde herbeizuführen. Als Sofortmaßnahme sei eine Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß vorgesehen gewesen. Dann habe die Bundesregierung jedoch Haushalte von Stromsteuersenkung ausgeschlossen. Weitere Stellschrauben neben der Stromsteuer sind die Strompreislagen und die Netzentgelte.

Wie sich der Zuschuss des Bundes auf die Höhe der Netzentgelte auswirkt, müssen die Stromnetzbetreiber laut Gesetz auf ihren Internetseiten anhand typisierter Abnahmefälle darstellen. Den Verbraucherschützern zufolge fällt die Entlastung für Haushalte jedoch sehr unterschiedlich aus. Je nach Netzgebiet liege sie zwischen 7 und 26 Prozent. In absoluten Zahlen entspreche dies Einsparungen zwischen 18 und 109 Euro pro Jahr, im Durchschnitt rund 56 Euro. Damit bleibe die Entlastung deutlich unter den von der Bundesregierung in Aussicht gestellten 100 Euro jährlich.

Zugleich weisen die Verfasser darauf hin, dass eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß für Haushalte spürbar wirksamer wäre. Bei einem typischen Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden könne dies eine Entlastung von rund 68 Euro bringen und damit die durchschnittliche Wirkung der Netzentgeltreduktion übertreffen. Zudem hätte eine solche Maßnahme laut Marktcheck den Vorteil, bundesweit einheitlich zu wirken, während die Netzentgelte regional stark variieren.

Bei den Strompreisumlagen waren zum Jahreswechsel 2025/26 Anstiege zu verzeichnen. Damit sei ein Teil der Entlastung wieder aufgezehrt worden. Nach Berechnungen der Verbraucherschützer verbleibe dadurch im Durchschnitt nur noch eine Nettoersparnis von rund 46 Euro pro Jahr für Haushalte.

Besonders kritisch bewerten die Autoren die unterschiedliche Wirkung der Maßnahmen auf verschiedene Kundengruppen. Industriekunden würden deutlich stärker entlastet als private Haushalte. Während die Netzentgelte für die Industrie im Schnitt um etwa 25 Prozent sinken, liege die Entlastung für Haushalte nur bei rund 15 Prozent. Der finanzielle Vorteil für Unternehmen sei damit im Durchschnitt um 59 Prozent höher.

In ihrem Fazit schreiben die Verfasser, dass die bisherigen Maßnahmen das Ziel einer spürbaren Entlastung für private Haushalte verfehlen. Weder die Senkung der Netzentgelte noch eine isolierte Stromsteuersenkung reichten aus, um die angekündigten 5 Cent pro Kilowattstunde zu erreichen. Selbst eine Kombination beider Instrumente würde dieses Ziel in den meisten Regionen nicht erfüllen.

Aus Sicht des VZBV ist daher eine umfassendere Reform notwendig. Der Verband fordert laut Dokument insbesondere eine Absenkung der Stromsteuer für Haushalte sowie eine „spürbare“ Reduzierung der Strompreisumlagen, um eine nachhaltige und gleichmäßige Entlastung zu erreichen.

Die Analyse des Bundesverbands der Verbraucherzentralen mit dem Titel „**Stromkosten: Ungleiche Entlastungen für Verbraucher:innen**“ steht zum Download zur Verfügung. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Forderung nach Stromsteuersenkung auf breiter Front



Quelle: E&M / Georg Eble

POLITIK. In einem offenen Brief an den Bundeskanzler kritisieren vier Wirtschaftsverbände den wirtschaftspolitischen Irrweg der Bundesregierung.

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich der Handelsverband Deutschland, der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), der Mittelstandsverbund (ZGV) sowie der Bundesverband der freien Berufe (BFB) an Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) gewandt und unter anderem eine Reduzierung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß gefordert. In den Genuss dieser Verringerung sollen nach den Vorstellungen der Verbände alle Unternehmen kommen, nicht nur die Industrie.

Im Koalitionsvertrag hatten CDU und SPD angekündigt, die Stromsteuer für alle Verbraucher auf das europäische Mindestmaß zu senken, denn Ziel sei es, eine schnelle Entlastung von mindestens 5 Cent/kWh zu erreichen. Dann aber ruderte die Bundesregierung zurück: Die Senkung gilt nun lediglich für produzierende Unternehmen und die Land- und Forstwirtschaft.

„Wir stehen an einem entscheidenden Punkt für die deutsche Wirtschaft“, so die Verbände im Wortlaut. Die Ankündigung der Bundesregierung, umfassende Reformen auf den Weg zu bringen und Arbeitnehmer wie

Betriebe spürbar entlasten zu wollen, trifft bei ihnen auf ausdrückliche Zustimmung. „Doch was wir derzeit in der steuerpolitischen Debatte zum angekündigten Reformpaket erleben, konterkariert diese Ziele auf fatale Weise“, heißt es weiter.

Die aktuell debattierte Gegenfinanzierung durch Anhebung der Mehrwertsteuer von 19 auf 21 Prozent sein ein „wirtschaftspolitischer Irrweg“. Er konterkariere, das Bemühen, den Binnenmarkt und den Konsum in Deutschland anzukurbeln.

„Unsere Unternehmen ächzen unter einer beispiellosen Gesamtbelastung aus gestiegenen Arbeits- und Energiekosten sowie erdrückender Überregulierung“, so die Verbände. Und weiter: „Halbherzige Kompromisse und neue Belastungen auf Kosten der Wirtschaft und der Verbraucher sind inakzeptabel. Die wahren Hebel für spürbare Entlastungen liegen längst auf dem Tisch.“ Dazu gehöre neben einer Begrenzung der Lohnnebenkosten, einem Abbau staatlicher Überregulierung eben auch die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß.

Derzeit zahlt ein gewerblicher nicht-produzierender Betrieb in Deutschland den vollen Stromsteuersatz von 2,05 Cent/kWh. Allerdings hat die EU als Mindeststeuersatz für Strom für alle gewerblichen Nutzer 0,05 Cent/kWh vorgegeben.

Erst Ende März dieses Jahres hatten die Energieminister der Bundesländer in einer gemeinsamen Erklärung ebenfalls eine umfassende Senkung der Stromsteuer gefordert. Allerdings hatte Bayern die Erklärung nicht mitgetragen. Dort hatte es geheißt, das Sondertreffen der Minister sei zu kurzfristig anberaumt worden.

Am 10. April (wir berichteten) hat auch der Verbraucherzentrale Bundesverband eine Senkung der Stromsteuer – verständlicherweise vor allem für Haushalte – sowie eine „spürbare Reduzierung“ der Strompreislagen gefordert. // [VON FRITZ WILHELM](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Bund sichert 153 Millionen Euro aus Northvolt-Insolvenz



Quelle: Fotolia / sdecoret

STROMSPEICHER. Der Bund und das Land Schleswig-Holstein retten trotz Northvolt-Pleite einen Teil der Fördermittel.

Die Pleite des schwedischen Batterieherstellers Northvolt kostet die deutschen Steuerzahler etwas weniger Geld als bislang angenommen. Im Zuge der geplanten Übernahme der deutschen Tochter durch Lyten haben Bund und Land 153 Millionen Euro an Steuergeld gesichert. Das Geld wurde bereits zurückgezahlt, wie das Bundeswirtschaftsministerium der Deutschen Presse-Agentur bestätigte. Die Mittel gehen jeweils zur Hälfte an den Bund und das Land Schleswig-Holstein.

Absehbar werden im Rahmen einer sogenannten solventen Liquidation der Northvolt Drei Projektgesellschaft in der Nähe des schleswig-holsteinischen Heide im Sommer weitere bis zu 69 Millionen Euro an die staatliche Förderbank KfW zurückfließen. Zuvor muss erst eine emissionsrechtliche Genehmigung des nördlichsten Bundeslandes für die Baustelle rechtskräftig werden. „Für das Bundeswirtschaftsministerium und das Land Schleswig-Holstein hatte die Sicherung und Rückführung nicht verwendeter Steuergelder von Anfang an höchste Priorität. Damit wird ein Teil der eingesetzten Steuergelder gesichert“, hieß es aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

Northvolt wollte im Norden eine Gigafabrik mit rund 3.000 Arbeitsplätzen errichten und hatte dafür von der

KfW eine Wandelanleihe über 600 Millionen Euro erhalten. Bund und Land bürgten jeweils zur Hälfte. Rund 330 Millionen Euro davon wurden verbaut oder für Käufe von Land und Maschinen eingesetzt. Auf dem Sperrkonto liegen zudem noch knapp 50 Millionen Euro, die nach dpa-Informationen allerdings bereits vorgesehen sind, um eine Insolvenz der deutschen Tochter von Northvolt zu verhindern.

Der Bund nutzte für die deutsche Northvolt-Tochter Restrukturierungsverfahren unterhalb der Insolvenzschwelle (Starug). Denn Northvolt Drei, wie das Projekt bei Heide heißt, war im Gegensatz zur schwedischen Muttergesellschaft nicht insolvent. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums ist der Restrukturierungsplan gerichtlich in letzter Instanz bestätigt.

Darüber hinaus könnte durch die geplante Übernahme von Northvolt Drei durch das US-Unternehmen Lyten weiteres Geld in zweistelliger Millionenhöhe an Bund und Land fließen. Lyten will nach der schwedischen Muttergesellschaft auch die deutsche Northvolt-Tochter übernehmen. Die Gespräche mit dem Bund und der KfW dauern an.

Nach einem Treffen mit der schleswig-holsteinischen Landesregierung hatte Lyten-Chef Dan Cook angekündigt, zunächst mit rund 1.000 Arbeitsplätzen auf dem Gelände bei Heide zu planen. Dort plant das Unternehmen demnach die Produktion von Batterien für ein breites Anwendungsspektrum, darunter Verteidigung, stationäre Energiespeicherung, Mobilität und Elektrofahrzeuge. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT

Quelle: Shutterstock / VladSV

Europa importierte so viel russisches LNG wie noch nie**GAS. Im ersten Quartal 2026 gingen von 71 Lieferungen von der Yamal-Halbinsel 69 Lieferungen zu europäischen Häfen.**

Im März waren es nach Daten des Schiffsverfolgungsdienstes Kpler, die die Umweltschutzorganisation Urgewald auswertete, allein 25 Schiffsfrachten mit einem Gesamtvolumen von 1,84 Millionen Tonnen. Insgesamt verschifft der russische Produzent Novatek von seinem Werk Yamal LNG im ersten Quartal 5,07 Millionen Tonnen LNG, umgerechnet rund 6,9 Milliarden Kubikmeter Gas, in die EU. „Da der durchschnittliche TTF-Preis für den Frontmonat auf 52,87 Euro pro Megawattstunde stieg, ergaben die Lieferungen allein im März geschätzte Zahlungen in Höhe von 1,33 Milliarden Euro an Russland“, hieß es bei Urgewald am 10. April. Für das gesamte Quartal ergab sich eine Summe in Höhe von 2,88 Milliarden Euro.

EU als logistisches Rückgrat

Ebenso dokumentieren die Zahlen des Brüssler Think Tank Bruegel einen Anstieg der russischen LNG-Importe der EU im 1. Quartal gegenüber dem 1. Quartal des Vorjahres um 19 Prozent auf 6,54 Milliarden Kubikmeter Gas. Damit überschreitet der Importumfang in einem Quartal erstmals die Schwelle von weit über 6 Milliarden Kubikmeter Gas. „Im fünften Jahr des Krieges gegen die Ukraine hält die EU Russlands arktischen LNG-Sektor weiter über Wasser. Yamal LNG ist auf eine kleine, spezialisierte Flotte und europäische Dienstleistungen angewiesen, um die Exporte am Laufen zu halten, und Europa stellt noch immer beides bereit“, erklärte der Leiter für Sanktionskampagnen Sebastian Rötters und mahnte, dass der Angriff auf den Iran nicht als Vorwand dienen dürfe und die EU ihre Abhängigkeit von Gas aufrechterhält.

Dass 97 Prozent der Exporte von Yamal LNG nach Europa gingen, ist laut Urgewald „strukturell bedingt und kein Zufall“, weil Europa „nicht nur ein Abnehmer, sondern das logistische Rückgrat des Projekts“ ist. Dezember bis Juni sei für die Schifffbarkeit der Arktisroute die schwierigste Zeit. Die vierzehn Tanker der Eisklasse Arc-7 müssten in europäischen Häfen zügig abgefertigt werden. Ohne den Zugang zu EU-Häfen würde die Produktion Yamals drastisch sinken.

Dokumente sollen Anschein erwecken

Ein schnelles Umleiten von Tankern nach Asien, wie es der russische Präsident Wladimir Putin im März ankündigte, ist unter dieser Maßgabe nicht zu bewerkstelligen. Ohne den Export in die EU würden die Einnahmen derart einbrechen, dass höhere LNG-Preismargen in Asien das nicht kompensieren könnten. Ebenso würden die längeren Transportwege und Logistikkosten negativ zu Buche schlagen. Das Festhalten am europäischen Markt ist folglich für Russland die beste Strategie, um aus der Blockade der Straße von Hormus und den ausgefallenen LNG-Lieferungen aus Nahost, vor allem aus Katar, Profit zu schlagen.

Um noch mehr LNG loszuschlagen, versucht Russland laut Bloomberg am 9. April, Engpässe auszunutzen, um das energiearme Südasien zum Kauf von Lieferungen aus seinen US-sanktionierten Anlagen zu bewegen. Letzte Woche seien über wenig bekannte Zwischenhändler in China und Russland derartige Lieferungen mit einem Rabatt von 40 Prozent auf den Spotpreis angeboten worden, ließen Informanten wissen, die anonym bleiben wollten. Verkäufer hätten erklärt, sie könnten Dokumente vorlegen, die den Anschein erwecken, die Lieferungen stammten aus nicht-russischen Ländern wie Oman oder Nigeria. Allerdings konnte Bloomberg nicht bestätigen, ob Lieferungen gekauft wurden.

Bislang ist China der einzige Abnehmer von russischem LNG, das US-Sanktionen unterliegt und mit Tankern der LNG-Schattenflotte verschifft wird. Der Transportweg hat sich nach einem mutmaßlichen Angriff auf die Arctic Metagaz im Mittelmeer Anfang März deutlich verlängert, da die Route über den Suez-Kanal als unsicher gilt. Dennoch dürfte Russland bestrebt sein, sein LNG in Asien selbst anzubieten, um nicht China das lukrative Asiengeschäft zu überlassen. Im ersten Quartal habe China die Rekordmenge von 1,31 Millionen Tonnen LNG umgeladen und weiter verschifft, berichtete Reuters Anfang April.

// VON JOSEPHINE BOLLINGER-KANNE

[^ Zum Inhalt](#)

Abkommen für H2-Infrastruktur in der Ostsee geschlossen



Die Projektpartner nach Unterzeichnung des Vertrags. Quelle: Northern Europe Energy Group / Rudolfs Liepins

WASSERSTOFF. Northern Energy, Sefe und das BHC-Konsortium wollen die Infrastruktur zur Lieferung von grünem Wasserstoff aus dem Ostseeraum nach Deutschland errichten.

Die norwegische Northern Europe Energy Group AS, die deutsche Sefe und das Konsortium Baltic Sea Hydrogen Collector (BHC) haben eine Absichtserklärung für den Aufbau einer integrierten Wasserstoff-Wertschöpfungskette zwischen dem nordisch-baltischen Raum und Deutschland unterzeichnet.

Die Vereinbarung wurde auf der Konferenz Windworks 2026 in Riga unterzeichnet, wie die Unternehmen mitteilen. Ziel ist es, Erzeugung, Infrastruktur und Nachfrage parallel zu entwickeln. Northern Energy soll dabei die Rolle des potenziellen Produzenten übernehmen, das BHC-Konsortium verantwortet die geplante Transportinfrastruktur. Abnehmer des grünen Wasserstoffs ist Sefe.

Im Mittelpunkt steht nach Angaben der Partner die Verknüpfung des erneuerbaren Potenzials im Ostseeraum mit industrieller Nachfrage in Deutschland. Northern Energy verweist dabei auf sein Projekt CIS Liepaja in Lettland. In einer ersten Ausbaustufe soll dort die Produktion von rund 100.000 Tonnen grünem Wasserstoff pro Jahr möglich sein. Ein erheblicher Anteil davon ist für den Export nach Deutschland und in andere EU-Märkte vorgesehen.



Der geplante „Nordic Sea Hydrogen Collector“
Quelle: BHC / Gascade

Für den Transport soll der Baltic Sea Hydrogen Collector die Infrastruktur schaffen. Das Vorhaben ist bereits als „Project of Common Interest“ gelistet und erhielt nach Angaben des Konsortiums 15,3 Millionen Euro EU-Förderung für vorbereitende Arbeiten. Die Inbetriebnahme der Infrastruktur wird für den Zeitraum Anfang bis Mitte der 2030er-Jahre in Aussicht gestellt, vorbehaltlich des weiteren Projektfortschritts.

Der Ansatz zielt auf den Aufbau eines Wasserstoffsystems im Ostseeraum, in dem Erzeugung, Transport und Nachfrage länderübergreifend aufeinander abgestimmt werden. Für Deutschland ist dies relevant, weil die nationale Wasserstoffstrategie und die Importstrategie ausdrücklich auf internationale Partnerschaften sowie den Aufbau von Transport- und Verteilinfrastruktur setzen.

Im BHC haben sich Gasgrid Finland, Gascade und Copenhagen Infrastructure Partners (GIP) zur Entwicklung der Wasserstoff-Infrastruktur in Nord- und Zentraleuropa zusammengeschlossen.

// VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

E-Control: Österreichs Spritpreisbremse bewährt sich



Quelle: Pixabay / Kosta

MOBILITÄT. Laut der Regulierungsbehörde wurden die von der Regierung angekündigten Preissenkungen im bundesweiten Durchschnitt übertroffen. Diesel ist nun billiger als in Deutschland.

Bisher im Wesentlichen bewährt haben sich die Vorgaben der österreichischen Bundesregierung zur Dämpfung des Preisanstiegs bei Benzin und Diesel („Spritpreisbremse“). Das berichtete der Leiter der Abteilung Volkswirtschaft der Energiemarkt-Regulierungsbehörde E-Control, Johannes Mayer, bei einem Hintergrundgespräch am 10. April in Wien. Angekündigt hatte die Regierung, mit zwei Verordnungen zur Senkung der Mineralölsteuer (MÖSt) sowie zur Begrenzung der Margen „entlang der Treibstoff-Wertschöpfungskette“ die Kraftstoffpreise um durchschnittlich insgesamt 10 Cent/Liter senken zu wollen. Die Margenbegrenzungsverordnung verpflichtet die ihr unterliegenden Unternehmen, der E-Control die Verkaufspreise an ihren Tankstellen zu melden.

Laut Mayer, der bei der E-Control die Überwachung der Einhaltung der Margenbegrenzungsverordnung zuständig ist, beliefen sich die durchschnittlichen Preisreduktionen im Zeitraum 1. bis einschließlich 9. April auf rund 10,5 Cent/Liter bei Diesel sowie 18 Cent/Liter bei Superbenzin. In diesen Werten sind sowohl die MÖSt-Senkung um 5 Cent/Liter sowie die Margenbegrenzung enthalten. „Was Diesel betrifft, waren die Preise in Österreich bis dato um etwa 5 Cent/Liter höher als in Deutschland. Nun liegen wir um etwa 5 Cent/Liter unter diesen“, erläuterte Mayer.

Unterschiedlich hohe Senkungen

Die stärksten Senkungen waren bei den 1.090 Kettentankstellen der sogenannten „Gruppe 1“ zu verzeichnen. Sie beliefen sich auf 18 Cent/Liter bei Diesel und auf 21 Cent/Liter bei Superbenzin. In der „Gruppe 2“, die die 884 Betreiber von jeweils mehr als 30 Tankstellen umfasst, lagen sie bei 5 Cent/Liter bei Diesel und bei 16 Cent/Liter bezüglich Superbenzin.

Zur „Gruppe 3“ schließlich gehören 1.291 Unternehmen, die höchstens 30 Tankstellen betreiben. Sie sind von der Margenbegrenzungsverordnung nicht betroffen, unterliegen laut Mayer aber einen „gewissen Wettbewerbsdruck“. Rund die Hälfte von ihnen verfügt über nur eine einzige Zapfsäule und wird von E-Control daher nicht überwacht. Die andere Hälfte senkte die Dieselpreise im Durchschnitt um etwa 3 Cent/Liter und die Preise für Superbenzin um 10 Cent/Liter.

Vor dem Inkrafttreten der Verordnung am 1. April hatten die betreffenden Tankstellen, zu denen etliche Discounter gehören, meist günstigere Preise angeboten als Unternehmen der Gruppen 1 und 2. Dies ist laut Mayer nun kaum noch der Fall. Er kündigte an, in den kommenden Wochen die Gründe dafür eruieren zu wollen.

Die Branche insgesamt lobte er: „Die betroffenen Unternehmen kommen ihren Meldepflichten im Wesentlichen verlässlich nach. Die Zusammenarbeit funktioniert gut.“

Kurzfristige Reduktion

Nach derzeitigem Stand läuft die Margenbegrenzungsverordnung indessen bereits am 30. April wieder aus. Grundsätzlich ist ihre Verlängerung um jeweils einen Monat möglich. Die MÖSt-Senkung wiederum gilt vorerst bis Jahresende. Wie die Unternehmen nach einem Auslaufen der Margenbegrenzung reagieren werden, ist laut Mayer schwer abzusehen. Ihm zufolge würden diese möglicherweise wieder zu ihren vorigen Kalkulationsverfahren zurückkehren.

Aus Kreisen der Kraftstoffbranche hieß es gegenüber der Redaktion, die Regierung habe für mutmaßlich recht kurzfristige Preisreduktionen eine „ziemlich komplexe Maschine“ ins Werk gesetzt. Andererseits sei das sich eventuell abzeichnende Ende des Kriegs am Persischen Golf „natürlich erfreulich“.

// VON KLAUS FISCHER

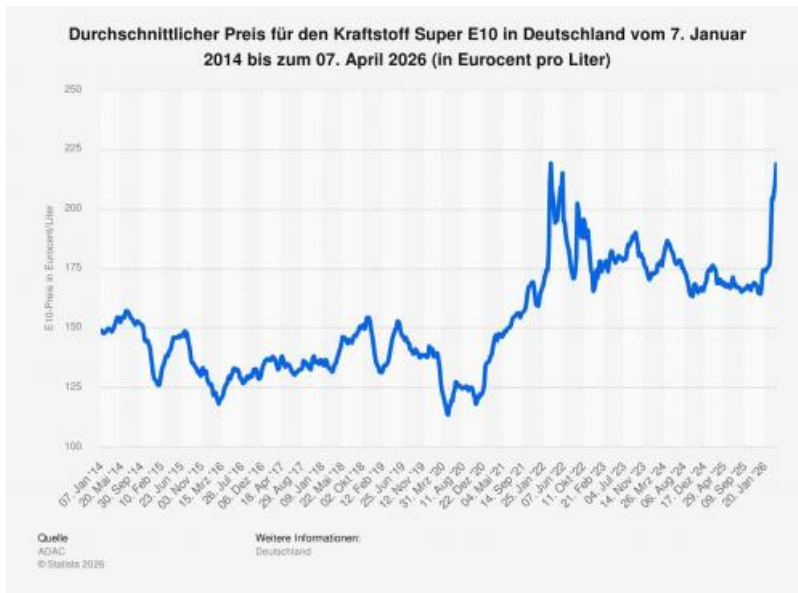
[^ Zum Inhalt](#)

Preis für E10 in Deutschland von 2014 bis zum 7. April 2026



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES . Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



[Zur Vollansicht auf die Grafik klicken](#)

Quelle: Statista

Der Krieg im Iran hat für einen deutlichen Anstieg der Kraftstoffpreise gesorgt: Am 7. April 2026 kostete ein Liter Super E10 durchschnittlich 218,8 Eurocent in Deutschland. Schon im Laufe des Jahres 2022 fand aufgrund des Russland-Ukraine-Krieges ein starker Preisanstieg statt, der zum Ende desselben Jahres wieder abflachte. Nachdem der Preis über das Jahr 2024 hinweg tendenziell gesunken war, verteuerte er sich zum Beginn des Jahres 2025 durch die zum 1. Januar beschlossene Erhöhung der CO₂-Abgaben für fossile Brennstoffe. // **VON REDAKTION**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

🔧 TECHNIK



Quelle: Shutterstock / jamestehart

Wärmepumpen zur Netzstabilisation

WÄRME. Können intelligente Wärmepumpen als Flexoption im Stromnetz eingesetzt werden? Durchaus, so das Ergebnis eines Pilotprojekts von Viessmann und zwei Übertragungsnetzbetreibern.

Im Pilotprojekt „ViFlex“ haben Viessmann Climate Solutions sowie die Übertragungsnetzbetreiber Tennet Germany und Transnet BW untersucht, ob Wärmepumpen in privaten Haushalten als flexible Verbraucher im Redispatch eingesetzt werden können. Ziel war es, das Potenzial dieser Anlagen zur Vermeidung von Netzengpässen zu bewerten.

Das Ergebnis: Intelligente Wärmepumpen zeigen grundsätzlich Potenzial für ein künftiges Engpassmanagement im Stromnetz, so TransnetBW in einer Mitteilung.

Bei dem Pilotprojekt wurden mehr als 100 Wärmepumpen von Haushaltskunden im realen Heizungsbetrieb in die Systeme der Übertragungsnetzbetreiber eingebunden und über einen Zeitraum von fast drei Jahren erstmals getestet. Dazu passte Viessmann die Steuerung der Anlagen so an, dass sich der Stromverbrauch zeitlich verschieben lässt. Auf diese Weise kann beispielsweise das Abregeln von Überschüssen aus Wind- und Solarstrom reduziert werden. Zudem wurde nachgewiesen, dass sich Wärmepumpen technisch in das Engpassmanagement der Übertragungsnetzbetreiber einbinden lassen.

Viessmann übernahm dabei die Prognose, Aggregation und Steuerung der Wärmepumpen. Die Übertragungsnetzbetreiber wiederum testeten die technischen Abläufe sowie mögliche Schnittstellen zu den operativen Prozessen des Engpassmanagements.

Für die Umsetzung wurden die Wärmepumpen der teilnehmenden Haushalte über die Viessmann-Cloud zu virtuellen Pools aggregiert. Auf dieser Basis erstellte das Unternehmen Prognosen zu Lastverläufen und Flexibilitätspotenzialen, die an die Übertragungsnetzbetreiber übermittelt wurden. Die darauf ermittelten Flexibilitätspotenziale wurden von Viessmann wiederum als Steuerbefehle an die einzelnen Wärmepumpen übermittelt.

Kein Komfortverlust für die Haushalte

Der Datenaustausch erfolgte über die Equigy-Crowd-Balancing-Plattform. Dabei handelt es sich um eine Initiative europäischer Übertragungsnetzbetreiber, die eine europaweit harmonisierte Einbindung dezentraler Flexibilitäten in die Systemdienstleistungsmärkte ermöglichen soll.

„Mit ViFlex zeigen wir, dass Wärmepumpen im Wohngebäudebereich vollautomatisch und ohne Komfortverlust für unsere Kunden flexibel gesteuert werden können. Dadurch können zahlreiche Haushalte noch einfacher einen Teil zur Energiewende beitragen und gleichzeitig aktiv die Netze stabilisieren“, sagt Janosch Balke, Product Manager Energy Services bei Viessmann Climate Solutions.

Damit diese Potenziale künftig großflächig genutzt werden können, sind den Projektpartnern zufolge Anpassungen im regulatorischen Rahmen notwendig. Konkret wird vorgeschlagen, den bestehenden kostenbasierten Redispatch 2.0 um einen marktbasierter Ansatz für kleinteilige, dezentrale Flexibilitäten zu erweitern und zu einem hybriden Redispatch 3.0 weiterzuentwickeln.

Ein solcher Ansatz könnte es ermöglichen, dass Haushalte mit Wärmepumpen, Heimspeichern oder Elektrofahrzeugen freiwillig und diskriminierungsfrei am Engpassmanagement teilnehmen und so zur Stabilität der Netze beitragen. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Zukunft unter Hochspannung



Quelle: Gore-Tex

ADVERTORIAL. Mit der Energiewende muss Arbeitsschutz neu gedacht werden, sagte Miguel Calixto, Produktspezialist für Workwear Garments bei der Marke GORE-TEX.

Die Elektrifizierung unserer Gesellschaft schreitet schnell voran und stellt Energieversorger und Industrie vor neue Chancen und höhere Anforderungen – besonders beim Arbeitsschutz. Denn mit neuen Technologien entstehen neue Risiken am Arbeitsplatz. Innovative Lösungen wie die PYRAD-Technologie von GORE-TEX sind Teil moderner Schutzbekleidung und begegnen diesen Herausforderungen.

Ob Hochspannungsanlagen, Batterieproduktion oder Offshore-Windparks: Beschäftigte in elektrifizierten Industrien sind zunehmend neuen und komplexeren Gefahren ausgesetzt. Neben klassischen Risiken wie Stromschlägen treten verstärkt Störlichtbögen, Explosionen, extreme Temperaturen sowie chemische Gefahren auf. In der Batterieproduktion oder beim Ausbau der Ladeinfrastruktur können Energieniveaus entstehen, die ohne geeignete Schutzmaßnahmen lebensbedrohlich sind. Besonders kritisch ist dabei die Kombination dieser Risiken.

Gleichstrom als unterschätzte Herausforderung

Die verstärkte Nutzung von Gleichstrom als zentrale Technologie der Energiewende bringt zusätzliche Risiken wie Muskelkontraktionen bei direktem Kontakt und erhöhte Brandgefahr durch Wärmeentwicklung in Leitungen und Bauteilen. Diese neuen Rahmenbedingungen erfordern ein Umdenken im Arbeitsschutz: Schulung, Sensibilisierung und vor allem innovative persönliche Schutzausrüstung werden zum entscheidenden Faktor.

Moderne Schutzkonzepte setzen auf fortschrittliche Materialien und Technologien, die mehrere Risiken gleichzeitig abdecken – ohne dabei Komfort und Bewegungsfreiheit einzuschränken. Ein Beispiel dafür ist die markengeschützte PYRAD-Technologie der Marke GORE-TEX. Sie basiert auf einem intelligenten Materialaufbau, der sich bei extremer Hitzeeinwirkung durch eine plötzliche Flamme oder einen

lebensgefährlichen Störlichtbögen in eine stabile Verkohlungs-schicht verwandelt. Dadurch wird der Wärmefluss effektiv reduziert und die Haut zuverlässig geschützt.

Die Marke GORE-TEX baut die innovative Technologie kontinuierlich für unterschiedliche Einsatzbereiche und Witterungsverhältnisse aus. Sie ist die neue PYRAD Generation by GORE-TEX LABS mit 320 g/m² die leichteste Klasse-2-Störlichtbogenschutz-Technologie in einlagiger Konstruktion. Schutzbekleidung mit dieser Technologie ist bis zu 45 Prozent leichter als vergleichbare PSAgS und ist besonders für warme Tage und Innenräume geeignet. Erste Outfits von Van Heurck, Iturri und BSD mit dieser Innovation sind seit 2025 auf dem Markt.



Weiterführende Informationen unter:

<https://www.goretexprofessional.com/de/pyrad-bekleidung-mit-stoerlichtbogenschutz>

// VON ADVERTORIAL

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

KI im Dokumentenmanagement: Effizienz für die Energiebranche



Quelle: Fabasoft Approve

ADVERTORIAL. Die Energiebranche steht unter Druck: steigende Projektvolumina, fragmentierte Systeme und manuelle Prozesse bremsen. Fabasoft Approve bringt mit KI Effizienz ins Datenchaos.

77 Prozent der Unternehmen in der deutschen Energiewirtschaft planen laut **KPMG**, ihre KI-Investitionen innerhalb eines Jahres zu erhöhen. Doch zwischen Anspruch und Umsetzung klafft eine erhebliche Lücke. Strategiepapiere füllen die Agenden, der operative Nutzen bleibt häufig aus.

Dabei existieren längst konkrete Anwendungsfelder, in denen KI unmittelbar wirksam wird. Das intelligente Dokumentenmanagement ist eines davon. Trotz jahrelanger Digitalisierungsinitiativen stehen Energieversorger, Netzbetreiber und Anlagenbauer noch immer vor denselben Herausforderungen. Dokumente sind auf isolierte Systeme verteilt, manuelle Prozesse erzeugen Fehler und Medienbrüche, und die Integration bestehender SAP-, CRM- oder CAD/BIM-Landschaften erfordert aufwendiges Customizing.

Fabasoft Approve setzt genau hier an: Die Software verbindet ganzheitliches Dokumentenmanagement mit integrierter KI. Ein System, das direkt in bestehende Geschäftsprozesse eingreift und Daten aus unterschiedlichsten Quellen kontextbezogen bereitstellt. Die Dokumentenverwaltung wird zur intelligenten Arbeitsumgebung mit vier konkreten Use Cases, die den Unterschied verdeutlichen.

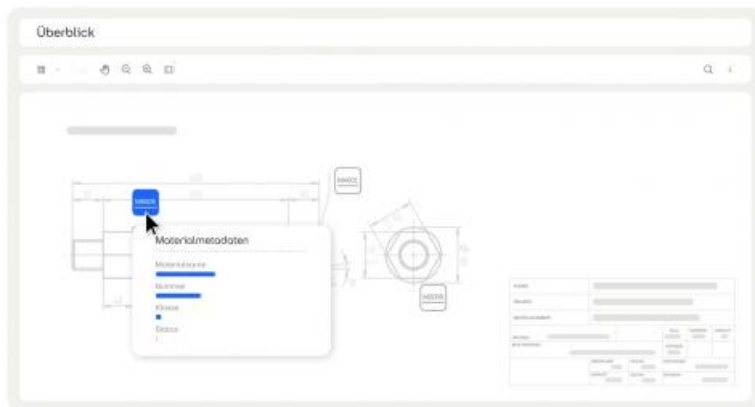
Technische Zusammenhänge auf Knopfdruck: Interactive Exploded View

Wer in Konstruktion, Projektmanagement oder technischem Vertrieb arbeitet, kennt das Thema: In einer technischen Zeichnung findet sich eine Materialnummer, doch Bestellinformationen, Spezifikationen oder Prüfdaten liegen in einem völlig anderen System. Die Folge sind Zusatzrecherchen, Rückfragen und verlorene Zeit. Die „Interactive Exploded View“ von Fabasoft Approve löst dies durch eine direkte Verknüpfung. Ein Klick auf die Materialnummer öffnet unmittelbar die vollständige 360-Grad-Sicht auf das Bauteil, inklusive Metadaten, Bestellpositionen und kontextbezogener Dokumente. Zusätzliche Systemwechsel entfallen und relevante Informationen sind genau dort verfügbar, wo sie gebraucht werden.

Vom Informationssilo zur Single Source of Truth: Die 360-Grad-Sicht

Im Anlagenbau ist die Informationsfragmentierung besonders ausgeprägt. Technische Zeichnungen liegen im Dokumentenmanagementsystem, kaufmännische Daten in SAP, Qualitätsprotokolle in einem weiteren Tool. Ein konsistenter Überblick über Projekte, Anlagen oder einzelne Komponenten und damit auch eine fundierte Entscheidungsgrundlage sind kaum möglich.

Die 360-Grad-Sicht in Fabasoft Approve führt diese Informationen in einem zentralen Dashboard zusammen. Die KI analysiert Dokumente semantisch und gleicht sie mit dem Unternehmenswissen ab. Kraftwerk-Kennzeichensysteme (KKS) werden automatisch erkannt und mit Metadaten wie Bestellpositionen oder Materialnummern verknüpft. Qualitätsmanager:innen erhalten eine ganzheitliche Perspektive, ziehen Rückschlüsse aus früheren Abweichungen und leiten proaktive Maßnahmen ein. Das Ergebnis ist eine zuverlässige Single Source of Truth als Grundlage für belastbare Entscheidungen über System- und Abteilungsgrenzen hinweg.

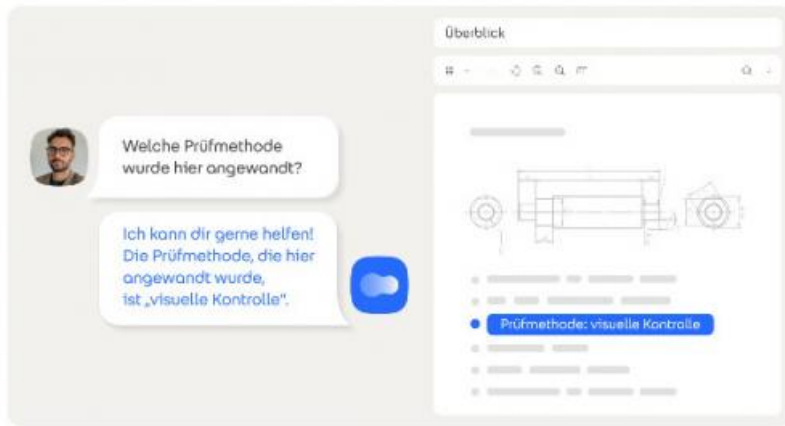


Die „Interactive Exploded View“ von Fabasoft Approve
Quelle: Fabasoft Approve

Antworten in wenigen Sekunden: KI-Chat

Anlagendokumentationen für Kraftwerke oder Transformatoren umfassen regelmäßig mehrere tausend Dokumente. Die gezielte Suche nach konkreten Informationen in Wartungshandbüchern oder Prüfplänen kostet erheblich Zeit, was im Serviceeinsatz vor Ort, wo schnelle Antworten zählen, besonders kritisch ist.

Der KI-Chat von Fabasoft Approve schafft direkten Zugang zu diesen Inhalten. Techniker:innen befragen einzelne Dokumente oder ganze Sammlungen in natürlicher Sprache und erhalten sofort präzise Antworten, ohne aufwendige Suchfilter oder Systemkenntnisse. Ein abgestuftes Berechtigungssystem stellt sicher, dass ausschließlich autorisierte Personen Zugriff auf relevante Inhalte haben.



Der KI-Chat
Quelle: Fabasoft Approve

Besonders hervorzuheben ist, dass die KI in Fabasoft Approve mandantenrein konzipiert ist. Sie lernt ausschließlich aus den Daten des jeweiligen Unternehmens und hat keine Verbindung zum Internet. Wissen und sensible Inhalte bleiben vollständig geschützt und werden nicht an andere Organisationen weitergegeben.

Vom unstrukturierten Dokument zum nutzbaren Wissen: KI-Formulare

Bestellunterlagen, technische Zeichnungen, Ausschreibungsdokumente – ein Großteil der relevanten Informationen in der Energiewirtschaft liegt unstrukturiert vor. Die manuelle Übertragung in digitale Systeme bindet wertvolle Kapazitäten und ist fehleranfällig. Bei komplexen Ausschreibungen mit Hunderten technischer Merkmale wird dieser Prozess schnell zum Engpass.

Die KI-Formulare in Fabasoft Approve automatisieren diesen Prozess. Die KI extrahiert Metadaten aus verschiedenen Quellen und überführt sie direkt in strukturierte, digitale Formulare. Anwender:innen können diese mit vertrauten Funktionen wie Filtern, Gruppieren oder Berechnen überarbeiten. Bei Anforderungskatalogen beantwortet die KI Fragen automatisch und hinterlegt die Quelldokumente, was für maximale Transparenz und Nachvollziehbarkeit sorgt.

Auch bei späteren Revisionen unterstützt das System aktiv: Es macht Abhängigkeiten sichtbar, kennzeichnet Änderungen gegenüber früheren Versionen und generiert passgenaue Vorschläge für Angebote oder Projektpläne, die Mitarbeitende lediglich prüfen und freigeben. So werden unstrukturierte Dokumente systematisch in strukturiertes, nutzbares Wissen transformiert, und die Projektabwicklung entlang der gesamten Energieinfrastruktur nachhaltig beschleunigt.

Jetzt handeln statt planen

Die Energiebranche hat erkannt, dass KI ein entscheidender Wettbewerbsfaktor ist. Was fehlt, ist der Schritt von der Planung in die Praxis. Fabasoft Approve bietet dafür eine erprobte Grundlage: konkrete Use Cases, nahtlose Integration in bestehende Systemlandschaften und ein KI-Modell, das Unternehmenswissen schützt, statt es preiszugeben. Der Weg von Datenchaos zu messbarer Effizienz beginnt nicht mit einem neuen Strategiepapier. Er beginnt mit der richtigen Software.



Andreas Dangl
Quelle: Fabasoft Approve

Autor

Andreas Dangl ist Entrepreneur und Geschäftsführer der Fabasoft Approve GmbH. In seiner Funktion unterstützt er Unternehmen aus der Industrie bei der Einführung von KI-gestütztem Dokumenten- und Qualitätsmanagement.

www.fabasoft.com/approve

// VON ADVERTORIAL

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Shutterstock / Jevanto Productions

Enertrag mit deutlichem Ergebnisplus

REGENERATIVE. Das Energieunternehmen Enertrag kann sein Ergebnis deutlich steigern. Die Vorstandsstruktur wird neu geordnet.

Für das vergangene Geschäftsjahr 2025/2026 erwartet Enertrag einen Jahresüberschuss von rund 34 Millionen Euro und liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert von 25 Millionen Euro. Das geht aus einer Unternehmensmitteilung vom 10. April hervor. In Deutschland sicherte sich das Unternehmen demnach Auktionszuschläge für Windprojekte mit einer Gesamtleistung von über 300 MW. Aktuell befinden sich Projekte mit rund 500 MW im Bau. Als weiterer Meilenstein wird die Vollplatzierung von Festzinsanleihen mit einem Volumen von 16 Millionen Euro in nur gut zwei Monaten angeführt.

Erwähnung finden im Rückblick auf das Geschäftsjahr auch der unternehmensweite Ausbau der Digitalisierung, das Richtfest für die neue Service-Halle am Firmensitz in Dauerthal (Brandenburg) sowie die Eröffnung eines neuen Büros im niedersächsischen Edemissen. Die Inbetriebnahme des Wasserstoffwerks Wensickendorf, für das der erste Spatenstich erfolgte, ist für Ende 2026 geplant. Von hier aus soll die Heidekrautbahn mit Wasserstoff versorgt werden.

35.000 MW Projektpipeline

Zum neuen Geschäftsjahr hat Enertrag auch seinen Vorstand neu aufgestellt. Tobias Bischof-Niemz, der als Vorstand für Projekte International & Technologie zur Expansion und zur Weiterentwicklung zentraler Wasserstoffprojekte beigetragen habe, verlasse das Unternehmen auf eigenen Wunsch zum 31. Mai 2026, um sich neuen beruflichen Aufgaben zu widmen, heißt es in der Mitteilung. Gunar Hering, CEO von Enertrag, erklärte dazu: „Dr. Bischof-Niemz hat in seiner Zeit für Enertrag Außergewöhnliches geleistet. Mit seiner Klarheit im Denken und seiner Gestaltungskraft hat er unser Unternehmen entscheidend vorangebracht.“

Seit dem 1. April 2026 führt ein dreiköpfiger Vorstand mit klarer Aufgabenverteilung das Unternehmen: CEO Gunar Hering, der 2023 als „Energiemanager des Jahres“ - ein Preis, der von E&M initiiert wurde und von der Kanzlei Becker Büttner Held, der Beratungsgesellschaft m3 sowie dem Nachrichtendienst MBI mitgetragen wird - ausgezeichnet wurde, verantwortet das Projektgeschäft. Anne Bendzulla (COO) ist für Erzeugung, Engineering und Projektumsetzung zuständig und Simon Hagedorn (CFO) für Finanzen, Energiewirtschaft und das kommerzielle Projektgeschäft.

Enertrag arbeitet in neun Ländern an Wind-, Solar-, Speicher- und Wasserstoffprojekten. Die Projektpipeline gibt das Unternehmen mit 35.000 MW an. // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

Enercity will bei Erneuerbaren Kurs halten



Quelle: Fotolia / Eisenhans

BILANZ. Bei einem Pressegespräch von Enercity wurde deutlich: Das Unternehmen hält am Transformationskurs hin zu erneuerbaren Energien fest. Besonders stolz ist man auf einen Sektor.

Enercity hat im zurückliegenden Geschäftsjahr einen Umsatz von 6,22 Milliarden Euro (2024: 7,35 Milliarden Euro) erzielt. Das Ebitda beläuft sich auf rund 478 Millionen Euro (2024: 588,7 Millionen Euro). Nach zwei Jahren mit Sondereffekten liegen die Ergebnisse damit unter dem Niveau der beiden Vorjahre. Das sei, wie CEO Aurélie Alemany betonte, zum einen so erwartet worden, zum anderen in diesem geopolitisch schwierigen Umfeld mit extremen, volatilen Marktbedingungen auch wenig verwunderlich gewesen. Hinzu komme ein sehr schwaches Windjahr, was zu geringeren Einnahmen bei der Erzeugung führte.

Der Blick auf die langfristige Entwicklung, so Alemany, zeige ein solides Ergebnis und unterstreiche die Fähigkeit des Unternehmens, die Energie- und Wärmewende verlässlich voranzubringen. „Wir bleiben klar auf Kurs und setzen weiter auf die Erneuerbaren. Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit sind kein Widerspruch.“

Anja Ritschel, die Wirtschafts- und Umweltdezernentin der Stadt Hannover, hob ebenfalls die Bedeutung der erneuerbaren Energien hervor. Die aktuellen Krisen würden zeigen, dass sie die richtige Antwort seien und zu mehr Versorgungssicherheit und Resilienz führen. Bei diesem Thema herrsche auch Einigkeit im Aufsichtsrat des Energieunternehmens.

Als vollintegriertes Unternehmen können man Flexibilitäten und Systemintelligenz gezielt einsetzen und Effizienz, Stabilität und Versorgungssicherheit verbinden, erklärte Alemany. Das stärke die Resilienz des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Für das Jahr 2026 erwartet die CEO weiterhin schwierige politische Rahmenbedingungen.

Vorreiter bei der Wärmewende

Die Bilanzahlen von 2025, dem 200. Jubiläumsjahr des kommunalen Versorgungsunternehmens aus Hannover, erläuterte Marc Hansmann, Vorstand für Finanzen und Infrastruktur. Im Einzelnen ging er dabei auf die Investitionen ein. So wurden im vergangenen Jahr rund 200 Millionen Euro in Windkraft- und Photovoltaik-Ausbau gesteckt, 200 Millionen Euro in die Wärmewende und 150 Millionen in den Netzausbau. Da gehe es schließlich mittlerweile nicht nur um Leitungen, sondern auch um Digitalisierungsmaßnahmen. In den kommenden Jahren werde man in diesem Bereich noch mehr Geld in die Hand nehmen, kündigte Hansmann an.

Besonders hob der Finanzvorstand die Erfolge bei der Wärmewende hervor. Während das Unternehmen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne mit 60 Prozent etwa im Bundesdurchschnitt liege, habe man den Anteil bei der Wärme von 27 auf fast 32 Prozent steigern können. „Damit sind wir Vorreiter der Wärmewende in Deutschland“, freute sich Hansmann. Dabei sei der Kohleausstieg noch gar nicht abgeschlossen. Ein erster Schritt erfolgte durch die Abschaltung von Block 1 des Kohlekraftwerks. Er wird

seit Ende Februar durch ein Biomasseheizkraftwerk ersetzt, in das Enercity 195 Millionen Euro investiert hat. Block 2 soll 2028 stillgelegt werden. Beim Fernwärmeausbau kamen 2025 zehn Kilometer neue Trassen dazu.

Nachhaltige Finanzierung

Um eine stabile finanzielle Grundlage für die großen Investitionen zu haben ist das Eigenkapital des Gesamtkonzerns gegenüber dem Vorjahr um 57 Millionen Euro auf 1,26 Milliarden Euro gesteigert worden, ein Zuwachs von rund fünf Prozent. „Damit haben wir unser Eigenkapital in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdreifacht. Zusätzlich konnten wir 2025 gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover einen Konzernkredit vereinbaren – als eines der ersten kommunalen Energieunternehmen in Deutschland“, erklärte Finanzvorstand Hansmann. Der innovative Konzernkredit sei ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Finanzierung.

Auch hier kommt wieder die Wärmewende ins Spiel: Durch den Kredit sollen vor allem auch die hohen Investitionen in die Wärmewende von 1,5 Milliarden Euro bis 2040 und in das Stromnetz von 2 Milliarden Euro bis 2035 ermöglicht werden.



Marc Hansmann, Aurelie Alemany und Eefje Pompen (v.l.)

Quelle: enercity

Kennzahlen Enercity

	2025	2024	Abweichung
Umsatzerlöse	6,22 Mrd. Euro	7,36 Mrd. Euro	-15,5 %
Ebitda	478 Mio. Euro	589 Mio. Euro	-18,9 %
Ebit	219 Mio. Euro	389 Mio. Euro	-43,6 %
Investitionen	653 Mio. Euro	625 Mio. Euro	4,4 %
Mitarbeiter	3.983	3.689	8,0 %

Quelle: Enercity

Die Zahl der Beschäftigten stieg 2025 konzernweit auf knapp 4.000. „Wir sehen eine hohe Dynamik im Arbeitsalltag, sich schnell ändernde Rahmenbedingungen und neue Anforderungen an die Unternehmenskultur. Digitalisierung und der zunehmende Einsatz künstlicher Intelligenz versetzen uns in die Lage, Prozesse effizienter auszurichten und flexibler auf neue Anforderungen zu reagieren“, erklärte

Eefje Pompen, Personalvorständin von Enercity. Durch gezielte Qualifizierung, lebenslanges Lernen und moderne Formen der Zusammenarbeit will sie Enercity „zukunftsfähig aufstellen“. // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

Erneuerbare und hohe Nachfrage sorgen bei Mitnetz für Dynamik



Quelle: Mitnetz / Tom Schulte

STROMNETZ. Der Verteilnetzbetreiber „MITNETZ STROM“ investiert 2026 rund 531 Millionen Euro in Erneuerung und Erweiterung seiner Netze. Auch der Erneuerbaren-Ausbau kommt voran.

Die Investitionssumme von 531 Millionen Euro verteilt sich wie folgt auf die vier Bundesländer im Netzgebiet: 252 Millionen Euro in Sachsen, 140 Millionen Euro in Sachsen-Anhalt, 119 Millionen Euro in Brandenburg und 20 Millionen Euro in Thüringen.

„Die Energiewende schreitet im Netzgebiet rasant voran – und wir investieren weiter auf hohem Niveau, um erneuerbare Energieanlagen, Speicher, Wärmepumpen und Elektromobilität zuverlässig zu integrieren. Versorgungssicherheit zählt dabei zu den wichtigsten Erwartungen unserer Netzkunden“, erklärte Kai Richter, kaufmännischer Geschäftsführer von Mitnetz, bei der Vorstellung der Zahlen.

Fokus auf Resilienz immer wichtiger

Zwischen Dezember 2024 und Dezember 2025 wurden rund 27.000 neue Photovoltaikanlagen, mehr als 60 Windenergieanlagen und 10.000 Speichermodule ins Netz integriert. Parallel steigt die Nachfrage: Ende Januar 2026 lagen rund 3.100 Anschlussanfragen mit einem potenziellen Leistungsbedarf von rund 124.000 MW aus Industrie und Gewerbe sowie für Rechenzentren und Batteriespeicher vor. Die installierte Gesamtleistung der erneuerbaren Energien im Netzgebiet erreichte 2025 rund 13.600 MW, ein deutlicher Zuwachs im Vergleich zu den Vorjahren.

„Die Nachfrage nach Netzanschlüssen bleibt auf einem historisch hohen Niveau. Unsere Netze müssen dafür flexibel, digital und widerstandsfähig sein. Daher stärken wir 2026 nicht nur die Kapazitäten, sondern auch gezielt die Resilienz unserer Infrastruktur“, so Lutz Eckenroth, technischer Geschäftsführer bei Mitnetz.

Trotz weiterhin hoher Einspeisemengen zeigt sich beim Netzbetrieb eine Stabilisierung: Die Zahl der Eingriffe sank 2025 leicht auf 1.179 Maßnahmen (Vorjahr: 1.277). Insgesamt wurden rund 192 Millionen kWh aus erneuerbaren Energien abgeregelt, was ungefähr einem Prozent der Gesamtleistung entspricht. Rund 74 Prozent davon gehen auf Anforderung des vorgelagerten Übertragungsnetzbetreibers zurück. Zudem verzeichnete der Verteilnetzbetreiber 3.644 Stunden mit Lastflussumkehr.

Um die Widerstandsfähigkeit der Infrastruktur weiter zu erhöhen, verstärkte man gezielt die Resilienzmaßnahmen, so Eckenroth. Als Beispiele nannte er den Ausbau von Schutz- und Sicherungseinrichtungen, moderne Überwachungssysteme und digitale Lagebilder sowie schnellere Wiederherstellungsprozesse und regelmäßige Übungen für Mitarbeitende.

Smart Meter Rollout deutlich über Bundesniveau

Ein wesentlicher Baustein für den sicheren Netzbetrieb ist zudem die fortschreitende Digitalisierung. Dazu zählt der weitere Ausbau der digitalen Ortsnetzstationen, was Echtzeitüberwachung, fernsteuerbare Eingriffe und datenbasierte Netzausbauplanung ermöglicht. 2026 sollen rund 500 digitale

Ortsnetzstationen dazukommen und 510 Trafostationen mit digitaler Technik ausgestattet werden. In den vergangenen Jahren hat Mitnetz 1.796 digitale Ortsnetzstationen und 595 Trafostationen mit digitaler Technik in Betrieb genommen.

Auch beim Smart-Meter-Rollout liegt der Netzbetreiber über dem Bundesdurchschnitt: Im vierten Quartal 2025 waren rund 31 Prozent der Pflichteinbaufälle realisiert und gemeinsam mit den optionalen Einbaufällen lag der Wert bei 46,6 Prozent. Deutschlandweit wurden bei den Pflichteinbaufällen 23,3 Prozent verzeichnet. Damit nimmt Mitnetz nach eigenen Angaben Platz drei unter den größten Verteilnetzbetreibern ein. // [VON GÜNTER DREWNITZKY](#)

[^ Zum Inhalt](#)

BP-Managerin Emma Delaney als OMV-Chefin nominiert



Emma Delaney wurde als OMV-Generaldirektorin nominiert. Quelle: BP

PERSONALIE. Die endgültige Bestellung per 1. September gilt als Formalität. Mit der gebürtigen Irin stünde erstmals eine Frau an der Spitze eines führenden österreichischen Energiekonzerns.

Emma Delaney, derzeit Executive Vice President, Customers & Products beim britischen Mineralölgiganten BP, wird aller Voraussicht nach per 1. September Generaldirektorin des österreichischen Öl-, Gas- und Chemiekonzerns OMV. Eine entsprechende Empfehlung sprach am 10. April der Präsidial- und Nominierungsausschuss der OMV aus. Laut einer Mitteilung war Delaney aus einem „internationalen Suchprozess als die bestgeeignete Kandidatin hervorgegangen“. Ihre Bestellung durch das Plenum des Aufsichtsrats gilt ebenso als Formalität wie der Beschluss durch die Hauptversammlung am 27. Mai.

Ihre Ausbildung absolvierte Delaney am Trinity College Dublin und an der Ecole Supérieure de Commerce de Paris (ESCP). Außer Englisch spricht sie Deutsch, Französisch und Indonesisch.

Delaney folgt Alfred Stern, der am 20. Mai vergangenen Jahres angekündigt hatte, für eine Verlängerung seines Mandats nicht zur Verfügung zu stehen. Bestellt wird Delaney vorerst für drei Jahre. Bei „beidseitigem Einvernehmen“ besteht laut einer Mitteilung der OMV die Möglichkeit der Vertragsverlängerung um zwei Jahre.

Delaney ist irische Staatsbürgerin und hat ihre derzeitige Position seit 1. Juli 2020 inne. Für BP ist sie seit bereits seit 1995 tätig. Unter anderem verantwortete sie die Operationen des Konzerns in Westafrika und war Finanzchefin für das Upstream-Geschäft in der Region Asia Pacific. Ihr unterstehen derzeit rund 50.000 Beschäftigte in 50 Ländern in den Bereichen Kraftstoffe sowie Bio- und Flugzeugkraftstoffe, in der E-Mobilität sowie in der Produktion von Schmierstoffen für die Industrie und für Fahrzeuge. Zum Vergleich: Die OMV hat insgesamt etwa 22.000 Beschäftigte.

OMV bezieht kein Gas mehr aus Russland

Erstmals stünde mit Delaney eine Frau an der Spitze eines führenden österreichischen Energiekonzerns. Dem Vorstand der OMV gehörten jedoch bereits mehrfach Frauen an, zuletzt die für das Chemiegeschäft zuständige Rumänin Daniela Vlad, die den Konzern per 28. Februar 2025 verließ. Die seinerzeit für Marketing & Trading verantwortliche Russin Elena Skvortsova ging am 31. Oktober 2022, laut einer Aussendung der OMV einvernehmlich. Als Nachfolgerin Alfred Sterns war Gerüchten zufolge zeitweilig unter anderem Christina Verchere im Gespräch, die Chefin der OMV-Tochter OMV Petrom.

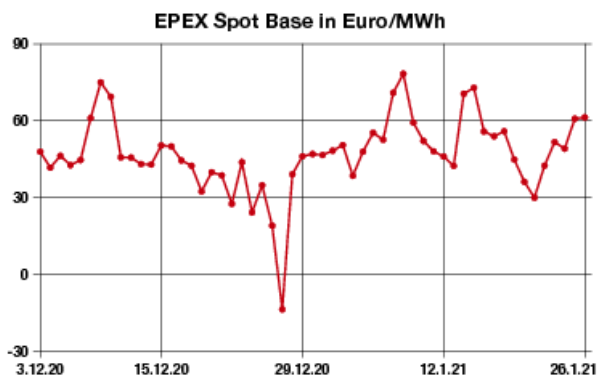
Nicht zum Zuge kam in Hinsicht auf die Nachfolge Sterns auch der bisherige Chef des Kunststoffkonzerns Borealis, Stefan Doboczky. Er wird, wie berichtet, Finanzvorstand des Polyolefinkonzerns Borouge International, den die OMV kürzlich mit der XRG gründete, der Investmentgesellschaft der Abu Dhabi National Oil Company (Adnoc). Sie besitzt 24,9 Prozent des österreichischen Konzerns. Personell gesehen, schließt sich hier gewissermaßen eine Art Kreis: Dem Vorstand der XRG gehört als Leiter des internationalen Chemiegeschäfts Rainer Seele an, der Vorgänger Sterns als Generaldirektor der OMV. Ob er, wie verschiedentlich kolportiert, in den Aufsichtsrat der Borouge International einzieht, steht zumindest offiziell noch nicht fest.

Seele hatte die OMV Ende August 2021 vorzeitig verlassen. Ihm wurde zur Last gelegt, die OMV zu sehr auf die Partnerschaft mit dem russischen Gaskonzern Gazprom fokussiert zu haben. Kritisiert wurde insbesondere die Verlängerung eines Take-or-Pay-Vertrags bis 2040. Diesen kündigte die OMV am 11. Dezember 2024 nach monatelangen Streitigkeiten. Seit dem Auslaufen des russisch-ukrainischen Transitvertrags per 31. Dezember 2024 bezieht die OMV kein Gas mehr aus Russland. Die bis heute nicht unumstrittene verstärkte Ausrichtung des Konzerns auf das Chemiegeschäft hatte indessen bereits Seele eingeleitet. // VON KLAUS FISCHER

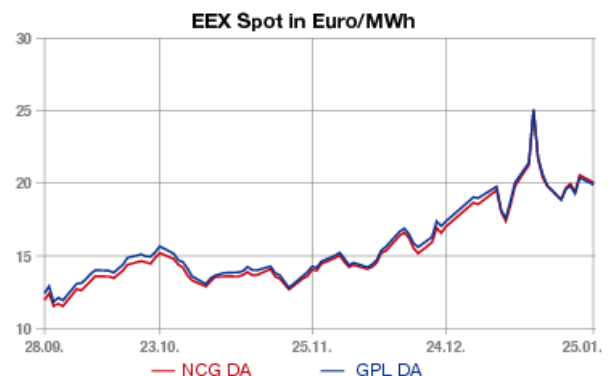
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Energiekomplex vor USA-Iran-Gesprächen im Minus



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Überwiegend schwächer haben sich die Energiemärkte zum Wochenschluss präsentiert. Die Strompreise folgten erneut dem Gas nach unten. Am CO₂-Markt setzte sich die abwartende Haltung fort, die Notierungen gaben bei geringer Liquidität moderat nach. Kohle und Öl tendierten ebenfalls leichter. Ausschlaggebend für die insgesamt bearishe Stimmung waren erneut Nachrichten zur geopolitischen Lage.

Im Fokus standen dabei die Gespräche zwischen den USA und Iran, die über das Wochenende stattfinden sollen.

Strom: Fast durch die Bank schwächer hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag gezeigt. Der Montag wurde an der Börse mit 114,35 Euro je Megawattstunde in der Grundlast gehandelt. Am Donnerstag hatte der Freitag selbst im außerbörslichen Handel im Base 119,75 Euro und im Peak 52,50 Euro gekostet.

Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte am Montag mit 22,4 Gigawatt in etwa auf dem Niveau vom Freitag liegen. Für die darauf folgenden Tage werden Einspeiseleistungen zwischen 16 und 20 Gigawatt in Aussicht gestellt. Das US-Wettermodell geht aktuell von einer zumeist unterdurchschnittlichen Windstrom-Einspeiseleistung in den kommenden vierzehn Tagen aus. Die Temperaturen dürften zunächst im unterdurchschnittlichen Bereich liegen, ab dem 15. April werden dann Werte über dem saisonüblichen Mittel erwartet.

Am langen Ende verlor das Strom-Cal-27 bis zum Nachmittag 0,55 auf 89,70 Euro je Megawattstunde.

CO₂: Schwächer haben sich die CO₂-Preise am Freitag präsentiert. Der Dec 26 verlor bis gegen 14.00 Uhr 0,45 auf 73,29 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt nur 5,6 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 73,83 Euro je Tonne, das Tief bei 73,01 Euro.

Auch der CO₂-Markt zeigte sich damit abwartend vor den anstehenden Verhandlungen zwischen den USA und Iran am Wochenende. Die Analysten von Vertis gehen davon aus, dass auch der Gasmarkt bei einer Öffnung der Straße von Hormus weiterhin mit einem im Vergleich zum Vorkrisenniveau reduzierten Angebot konfrontiert bleibt, da die physische Verfügbarkeit aus Katar eingeschränkt ist.

Sie nehmen an, dass eine Nachfrageschwäche im Industriesektor in den kommenden Wochen weitgehend durch einen Anstieg der Emissionen im Stromsektor kompensiert wird, da Erzeuger verstärkt auf CO₂-intensivere Energieträger ausweichen.

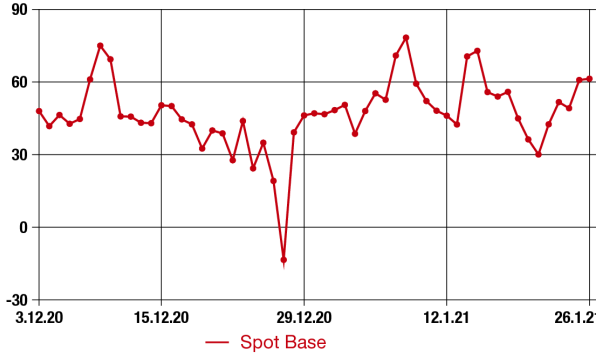
Erdgas: Schwächer haben sich die europäischen Gasmärkte am Freitag gezeigt. Der Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 14.00 Uhr 1,600 auf 44,500 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging es für den Day-ahead um ebenfalls 1,600 auf 45,850 Euro je Megawattstunde nach unten. Der Fokus der Marktteilnehmer richtete sich am Freitag laut den Analysten von der ING auf Gespräche zwischen einer US-Delegation und iranischen Vertretern. Während Donald Trump zunächst einen optimistischen Ton hinsichtlich einer Lösung des seit sechs Wochen andauernden Konflikts anschlug, drohte er später Teheran im Zusammenhang mit möglichen Gebühren für die Passage durch die Straße von Hormus, wodurch die geopolitische Risikoprämie hoch bleibt. Selbst bei einer Wiederaufnahme des Transits durch die Straße von Hormus dürfte sich das Angebot nicht unmittelbar normalisieren. Die Förderung in Öl- und Gasfeldern wurde bereits reduziert, Raffinerien haben ihre Auslastung gesenkt oder Anlagen vorübergehend stillgelegt. Entsprechend könnten die Angebotsstörungen mehrere Wochen oder länger nachwirken. // VON MARIE PFEFFERKORN

[^ Zum Inhalt](#)

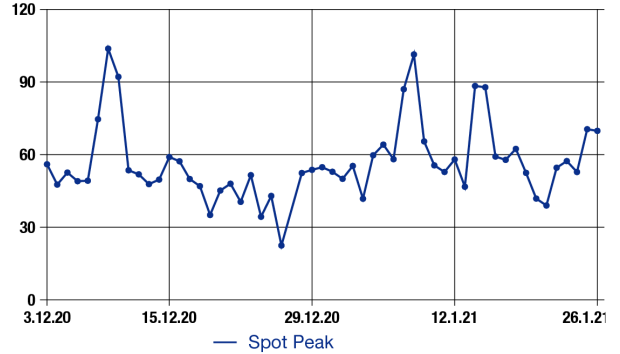
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

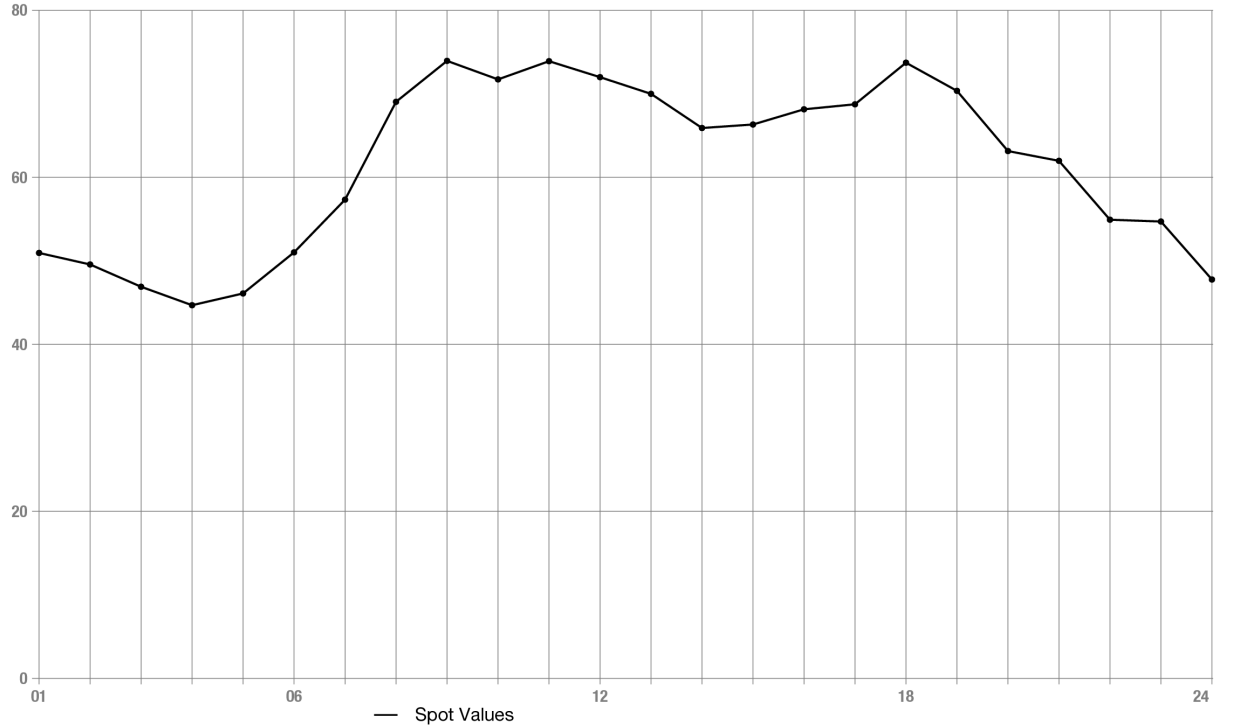
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

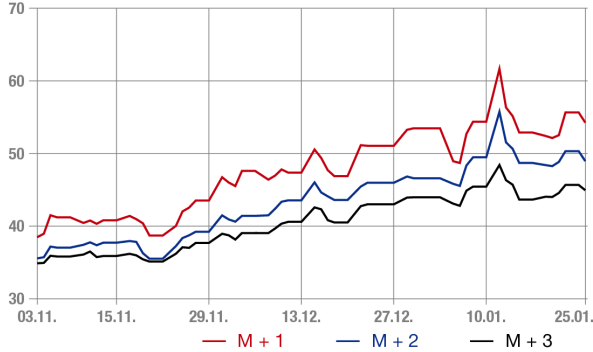
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	25.01.21	German Power Feb-2021	54,25
M2	25.01.21	German Power Mar-2021	48,95
M3	25.01.21	German Power Apr-2021	44,94
Q1	25.01.21	German Power Q2-2021	43,87
Q2	25.01.21	German Power Q3-2021	46,68
Q3	25.01.21	German Power Q4-2021	51,20
Y1	25.01.21	German Power Cal-2022	50,15
Y2	25.01.21	German Power Cal-2023	49,53
Y3	25.01.21	German Power Cal-2024	47,85

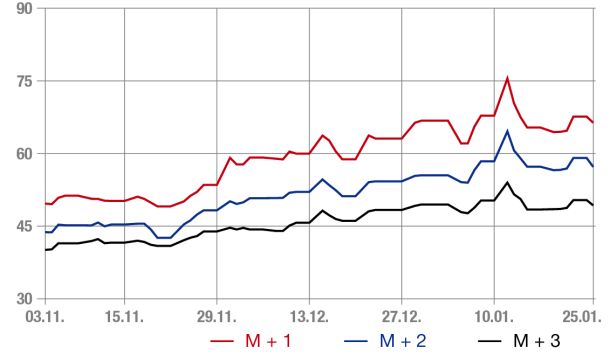
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	25.01.21	German Power Feb-2021	66,35
M2	25.01.21	German Power Mar-2021	57,23
M3	25.01.21	German Power Apr-2021	49,28
Q1	25.01.21	German Power Q2-2021	49,03
Q2	25.01.21	German Power Q3-2021	53,18
Q3	25.01.21	German Power Q4-2021	63,28
Y1	25.01.21	German Power Cal-2022	60,28
Y2	25.01.21	German Power Cal-2023	59,95
Y3	25.01.21	German Power Cal-2024	58,43

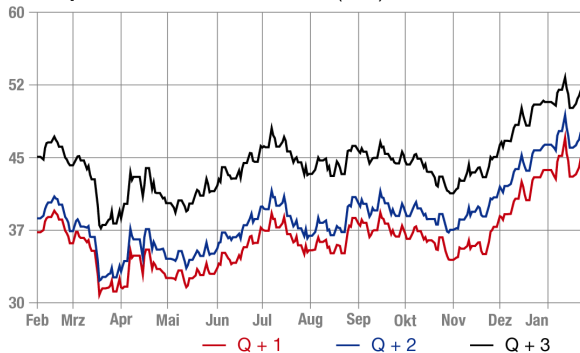
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



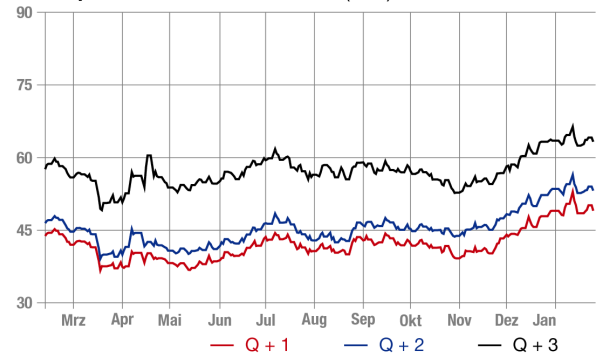
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



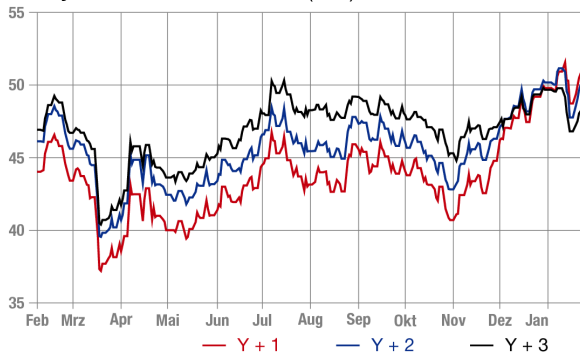
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



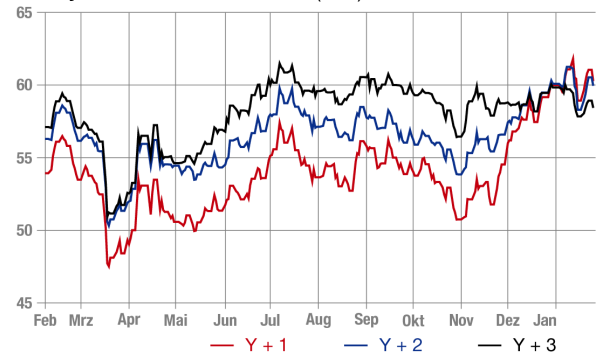
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise NCG in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	25.01.21	German NCG Gas Feb-2021	19,40
M2	25.01.21	German NCG Gas Mar-2021	18,97
Q1	25.01.21	German NCG Gas Q2-2021	17,14
Q2	25.01.21	German NCG Gas Q3-2021	16,93
S1	25.01.21	German NCG Gas Sum-2021	17,04
S2	25.01.21	German NCG Gas Win-2021	18,20
Y1	25.01.21	German NCG Gas Cal-2022	16,56
Y2	25.01.21	German NCG Gas Cal-2022	15,51

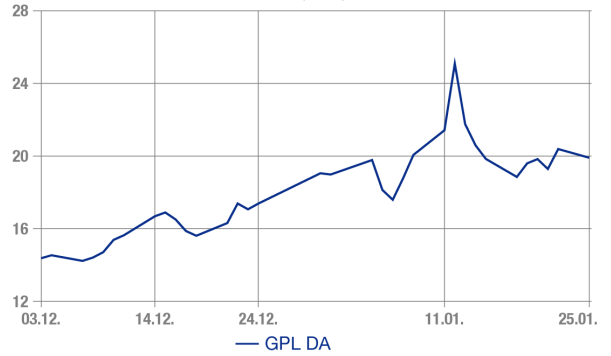
Terminmarktpreise GPL in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	25.01.21	German Gaspool Gas Feb-2021	19,26
M2	25.01.21	German Gaspool Gas Mar-2021	18,80
Q1	25.01.21	German Gaspool Gas Q2-2021	16,91
Q2	25.01.21	German Gaspool Gas Q3-2021	16,68
S1	25.01.21	German Gaspool Gas Sum-2022	16,79
S2	25.01.21	German Gaspool Gas Win-2022	18,20
Y1	25.01.21	German Gaspool Gas Cal-2022	16,56
Y2	25.01.21	German Gaspool Gas Cal-2023	15,51

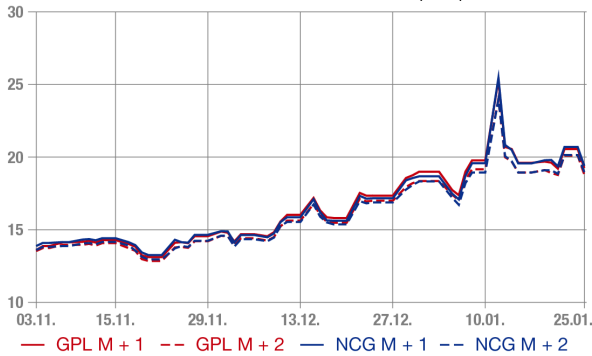
Spotmarkt NCG in Euro/MWh (EEX)



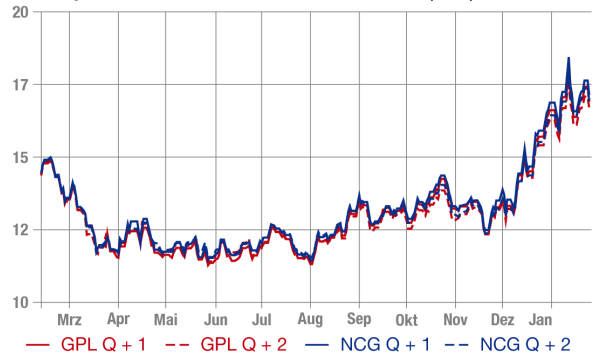
Spotmarkt GPL in Euro/MWh (EEX)



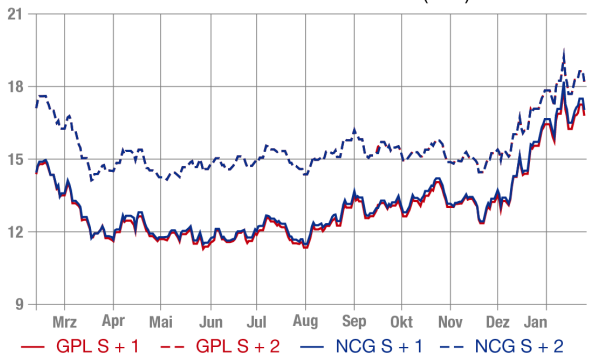
Frontmonate NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



Frontseasons NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d)Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026



Projektmanager (m/w/d) Windenergie & Erneuerbare Energie

Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Solarparks erfolgreich seit 30 Jahren und si...

in Bremen

vor 2 h

● Projektleitung ● Freie Mitarbeit



Praktikum Supply Chain - Wertstrom-Management International

... konkret heißt das:Einblicke in übergreifende ProzesseNetworking und Kommunikation mit den Lidl ...

in Deutschland

vor 2 h

● Freie Mitarbeit



Fahrgastbegleiter mit MountainManager & GletscherGuide (m/w/d)

KOMM ZU UNS - KOMM IN UNSER TEAM Wir bieten Einen sicheren Arbeitsplatz mit langfristiger Pers...

in Grainau

vor 2 h

● Ausbildung



Finance Manager - Financial Modelling (m/w/d) Erneuerbare Energien

Deine Energie, deine Zukunft, dein Job bei wpd.Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- u...

in Bremen

vor 2 h

● Freie Mitarbeit ● Weiterbildung

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)

Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**

Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**

Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**

Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.

Vielen Dank dafür!

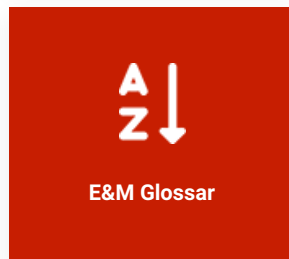
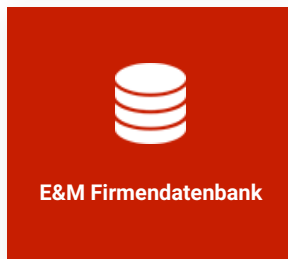
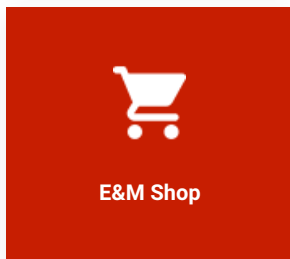
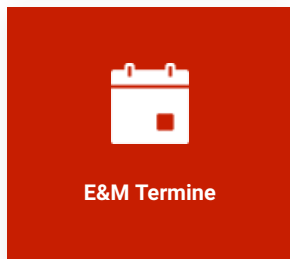
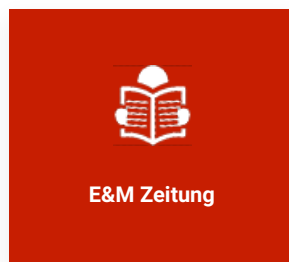
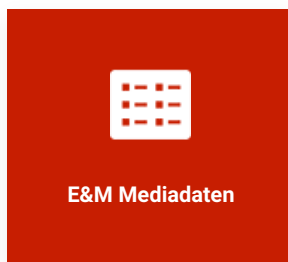
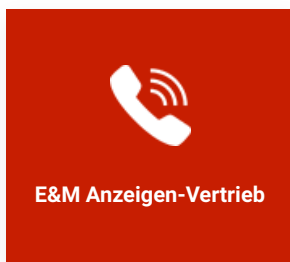
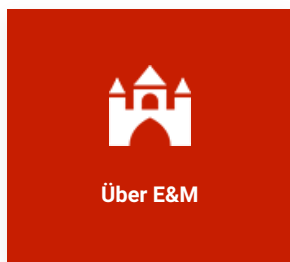
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

